

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

9.4.1891 (No. 96)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 9. April.

№ 96.

Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gewöhnliche Pforten- oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Redaktioneller Theil.

Karlsruhe, den 8. April.

Von der serbischen Stupschina ist gestern das neue Pressegesetz endgiltig angenommen worden; die Annahme erfolgte mit 89 gegen 4 Stimmen. Die Meldung über diese Abstimmung der Stupschina hebt noch besonders hervor, daß auch Garaschanin für die Vorlage stimmte. Der nachträglich zum Pressegesetz eingebrachte Antrag der Regierung, nach welchem Zeitungsangriffe gegen den König Milan von Amis wegen zu verfolgen sind, war bekanntlich von Garaschanin heftig bekämpft worden. Bei der Abstimmung über diesen Zusatzartikel stimmten mit Garaschanin noch fünf andere Abgeordnete gegen denselben. Diese Minderheit hat sich also bei der Gesamt-Abstimmung von 6 auf 4 Stimmen verringert. Da Garaschanin der einzige fortschrittliche Abgeordnete in der Stupschina ist, so sind die 4 Abgeordneten, die gestern gegen das Pressegesetz als Ganzes stimmten, wohl in den Kreisen der radikalen Partei zu suchen. Die Annahme des neuen Pressegesetzes bildet jedenfalls ein bemerkenswerthes Ergebnis der jetzigen Stupschina-Session, da eine Neuregelung der serbischen Pressegesetzgebung als ein dringendes Bedürfnis empfunden wurde. Durch den Zusatzartikel, welcher es den Zeitungen verbietet, den König Milan, als ein Mitglied des Herrscherhauses, anzugreifen, gewinnt das neue Gesetz an Bedeutung. Dieser Artikel ist geeignet, manchem Skandal, der vielleicht bereits geplant war, vorzubeugen. Die Fortsetzung des bisherigen Unwesens hätte schließlich der Dynastie Obrenowitsch und vielleicht dem Königthum überhaupt gefährlich werden können. Der Artikel muß freilich auch ernsthaft gehandhabt werden, wenn er seine volle Bestimmung erfüllen soll. Einstweilen dürfte aber schon das Vorhandensein eines gesetzlichen Schutzes des Königs Milan gegen Pressangriffe die Wirkung haben, daß die Urheber der bisherigen heftigen Zeitungsangriffe auf den König Milan von einer weiteren derartigen Agitation, welche das dynastische Gefühl im serbischen Volke abtumpfen müßte, abgeschreckt werden.

Der neu gewählte chilenische Kongreß ist auf den 15. April zu einer außerordentlichen Tagung nach Santiago einberufen worden. Präsident Balmaceda denkt also nicht daran, abzudanken, und damit steht es wohl auch in Zusammenhang, daß man von Vermittlungsversuchen zwischen dem Präsidenten und der Kongreßpartei, zu denen u. a. die Regierung des Freistaates Uruguay bereit war, in der letzten Zeit nichts mehr gehört hat. Zu Paris ist eine Depesche aus Iquique eingetroffen, der zufolge in einem Gefechte bei Calama, nordöstlich von Antofagasta, zwischen den Regierungstruppen und denjenigen der Kongreßpartei die ersteren nach kurzem Kampfe theils zu den Gegnern übergegangen, theils geflohen und nach Bolivia übergetreten sein sollen. Die 2000 Mann starke Division des Obersten Camus habe der Regierung Bolivias ihre Waffen verkauft. Die Kongreßpartei habe durch diese Ereignisse eine wesentliche Förderung erhalten und dürfe wohl bald den vollständigen Sieg erringen, da auch mehrere Kriegsschiffe der Regierung neuerdings sich der Kongreßpartei angeschlossen hätten. Es ist indessen nicht zu übersehen, daß diese Meldung, wie schon aus dem Aufgaberte der Depesche hervorgeht, aus dem Lager der Gegner Balmaceda's stammt. Was den Präsidenten Balmaceda betrifft, so geht aus allen seinen Anordnungen hervor, daß er sich noch immer als Machthaber fühlt. Zu diesen Anordnungen gehört auch die vorgestern von uns mitgetheilte, daß er auf Grund des chilenischen Zollgesetzes alle Häfen nördlich von Caldera, Küstenstadt, ganz im Süden der Provinz Alacama, etwa unter dem 27. Grad s. Br. geschlossen, so lange dieselbe von den Aufständischen gehalten werden, für geschlossen erklärt hat. Bei Zuwiderhandlungen droht das präsidiale Dekret mit Konfiskation der betreffenden Schiffe und deren Ladungen und macht außerdem die Produzenten, sowie die Exporteure von Salpeter für den Ausfuhrzoll verantwortlich. Diese Verfügung erscheint jedoch der „Nationalzeitung“ unhaltbar. Das Blatt schreibt: „Das chilenische Zollgesetz ist uns nicht bekannt; mit dem Völkerrecht aber würde es sich nicht vereinigen lassen, etwa auch Ausländern gegenüber mit der Konfiskation von Schiffen und Ladungen“ vorzugehen oder sie sonstwie „verantwortlich zu machen“, weil sie Handel von Häfen aus treiben, über welche während des herrschenden Bürgerkriegs der Präsident offenbar jede Macht verloren hat. Eine „Schließung“ der Häfen durch einen Befehl von der Küste aus, der etwas völlig Anderes wäre als eine Blockade von der See aus, ist dem Völkerrecht unbekannt.“

Zunächst wird der Präsident, der keine Schiffe zur Verfügung hat, übrigens sich mit Drohungen begnügen müssen.

Aus Anlaß mehrerer zur Kenntniß des Reichsversicherungsamtes gelangter Fälle, in denen bei der Berechnung der Höhe von Altersrenten, deren Beginn auf den 1. Januar 1891 festgesetzt war, Rentenberechtigungen für eingelebte Beitragsmarken in Anlaß gebracht worden sind, hat dasselbe die Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherung, sowie die auselassenen Kasseneinrichtungen darauf hingewiesen, daß auf die Höhe einer Rente Beiträge die für einen Zeitraum entrichtet sind, welcher hinter dem Tage des Beginns des Rentenbezuges liegt, keinen Einfluß ausüben. Die Höhe der Rente bemesse sich vielmehr lediglich nach Monaten, welche in einer vor ihrem Beginn liegenden Zeit vorhanden sind. Darnach können auf die Höhe der am 1. Januar 1891 beginnenden Altersrente die etwa nach diesem Tage in die Beitragskarte eingelebten Beitragsmarken überhaupt nicht einwirken.

Die in Italien vom 28. Januar d. J. ab vorläufig zur Verbundung gelangten böhern Zölle auf Mineral-, Salz- und Theeröl, ölige Samen, sowie höhere Grenzauflagezölle auf Spiritus und Spiritus enthaltende Produkte sind zurückgezogen worden, nachdem der Gesetzentwurf betreffend provisorische Einführung der in Rede stehenden Erhöhungen von der italienischen Kammer am 31. Januar d. J. abgelehnt worden ist. Es bleiben sonach bis auf weiteres für die genannten Gegenstände die früheren Zollsätze bzw. Grenzaufschlagzölle bestehen.

Deutschland.

* Berlin, 7. April. Seine Majestät der Kaiser wird mit den Herren seiner Begleitung morgen Nachmittag gegen halb 1 Uhr Kiel wieder verlassen und mittelst Sonderzugs am Abend in Berlin eintreffen.

— In Gegenwart Ihrer Majestät der Kaiserin wurde heute Vormittag die 25. Generalversammlung der Vaterländischen Frauenvereine abgehalten. Die Gesamtzahl der Mitglieder ist von 95 509 auf 99 325 gewachsen; alle Vereine haben einen erheblichen Fortschritt auf dem Gebiete der Vorbereitung für die Kriegsthätigkeit aufzuweisen. Der Staatsminister v. Hofmann machte Mittheilung von nachstehendem Telegramm, das Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin von Baden an die Gräfin Charlotte Ippenly gerichtet hatte: „Meine Gedanken begleiten in treuer Erinnerung die heutige Generalversammlung des Vaterländischen Frauenvereins im Hinblick auf die sich bald vollenden 25 Jahre seines Bestehens und auf den Segen, welchen die in Gott ruhende Stifterin demselben verleiht. Des ferneren Aufblühens dieser theuren Schöpfung meiner geliebten Mutter unter der nunmehrigen so liebevollen Fürsorge und Leitung der Kaiserin und Königin Mich. freudig, folge ich der weiteren Entwicklung des Vereinslebens in steter Theilnahme. Ich habe den badischen Gesandten in Berlin, Geh. Rath v. Brauer, beauftragt, den badischen Frauenverein zu vertreten. Herzlichen Gruß. Großherzogin von Baden.“ Der Staatsminister v. Hofmann knüpfte an die Verlesung des Telegramms Worte des Dankes für diesen erneuten Beweis huldvoller Theilnahme seitens der Großherzogin von Baden und erbat die Genehmigung zu einer Beantwortung desselben.

— Durch eine Anzahl von Blättern ist kürzlich eine Meldung gegangen, nach welcher der Reichskanzler, General v. Caprivi, sich beim italienischen Ministerpräsidenten Rudini über dessen jüngste Erklärung, Italien betrachte den Dreibund nur als eine Defensivallianz, beiseite setzen sollte. Herr v. Caprivi hätte durch den Botschafter erklären lassen, daß solche Äußerungen nur eine Schwächung des Dreibundes bewirken könnten, während es Aufgabe der Mitglieder desselben sei, denselben zu stärken. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt dieser Meldung gegenüber: „Da diese Ente eventuell noch weiter flattern könnte, so nehmen wir von derselben Notiz, um zu erklären, daß Alles, was dieselbe zu betreffen mußte, vollständig aus der Luft gegriffen ist.“

— Heute begann das parlamentarische Leben im Reichstag und im preussischen Landtag auf's neue. Beide Körperschaften haben noch eine außerordentlich umfangreiche Thätigkeit vor sich, und es steht noch keineswegs fest, ob der Schluß der Sessionen an Pfingsten erfolgen kann. Der Reichstag hat zunächst mit der noch weit im Rückstand befindlichen zweiten Beratung des Arbeitersehens fortzufahren. Es sind bisher nur erledigt die Bestimmungen über die Sonntagsruhe, das Tractat, das Arbeitsbuch und die Fortbildungsschulen. Die Bestimmungen über die Beschaffenheit der Betriebsstätten, über Kündigungsfristen, Schadenersatz bei Kontraktbruch, das Lehrlingswesen, die Fabrikordnungen, die Arbeiterauschüsse, die Einschränkung der Kinder- und Frauenarbeit, die Koalitionsfreiheit, kurz, der wichtigste Theil des Gesetzentwurfs bleibt noch zu erledigen, und

es ist allerdings sehr wünschenswerth, daß fernerhin in den Beratungen ein rascheres Tempo eingehalten wird. Eine nochmalige Hinausschiebung dieser Vorlage, etwa auf eine Herbstsession, würde allgemein für sehr bedauerlich gehalten werden (vergl. auch unter Zeitungsstimmen die Äußerungen der „Neuen Reichskorrespondenz“). Ueber den Verlauf der heutigen ersten Reichstagsitzung ist schon telegraphisch berichtet worden; diese telegraphische Mittheilung muß dahin ergänzt werden, daß im weiteren Fortgang der Sitzung § 120c. der Vorlage debattelos und § 120d. und e. nach unerheblicher Debatte unverändert angenommen wurde. Was den preussischen Landtag betrifft, so ist die ihm noch obliegende Arbeitslast nicht minder groß. Im Abgeordnetenhaus sind zwar die Steuererlasse angenommen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß das Herrenhaus noch Abänderungen daran vornimmt und die Angelegenheit damit auch die Volksvertretung noch einmal beschäftigen muß. Der Schwerpunkt der Thätigkeit des Abgeordnetenhauses wird zunächst in die zweite Beratung der Landgemeindeordnung fallen, wobei das Auftauchen neuer Schwierigkeiten nicht ausgeschlossen ist. Sodann ist, um an die allerwichtigsten Aufgaben zu erinnern, der Etat und das Sperrgeldgesetz zu erledigen. Das Zustandekommen des Volksschulgesetzes in der gegenwärtigen Session wird nicht mehr erwartet. Der Wechsel im Kultusministerium, wie auch die Beschränkung der Zeit lassen die Durchberatung dieses Gesetzentwurfs nicht mehr gut möglich erscheinen; vielleicht wird er förmlich zurückgezogen, andernfalls wird er wohl unerledigt bleiben müssen. Das Wolff'sche Bureau vermeldet an die Zeitungen folgende Mittheilung: „Es verlaute bestimmt, in der gegenwärtigen Session des preussischen Landtages werde auf die weitere Beratung des Volksschulgesetzes endgiltig verzichtet werden. Die Regierung wolle in der nächsten Session eine neue Vorlage unter Berücksichtigung der in der Kommissionsberatung geäußerten Wünsche einbringen.“ Hinsichtlich des Staatshaushaltes melden die „Berl. Pol. Nachr.“, die Staatsregierung rechne kaum mehr darauf, daß der Staatshaushaltsetat vor der Pfingstpause des Landtages zum Abschluß gelange, es sei vielmehr anzunehmen, daß das Herrenhaus sich mit der Beratung des Etats erst nach dem bezeichneten Zeitpunkt befaße. Unter diesen Umständen erscheine es erwünscht, daß der von der Regierung zur Sanirung des Zwischenzustandes vorgeschlagene Weg der Ertheilung der Indemnität für die inzwischen auf Grund des neuen Etats geleisteten Zahlungen Billigung gefunden hat; denn auf diese Weise werde ermöglicht, der Genehmigung sichere und ohne Schaden nicht ausschließbare Aufwendungen schon jetzt zu machen. Ein Theil der in dem Etatsentwurf vorgesehenen Neuforderungen falle allerdings nicht hierunter. Dies gelte insbesondere von neuen etatsmäßigen Stellen, deren Besetzung bis zur Feststellung des Etats ausgesetzt bleibt, zu einem großen Theile aber auch von den neu in das Extraordinarium eingestellten Posten, bezüglich derer für eine Reihe von Neubauten insofern eine Ausnahme gemacht wird, als in dringlichen Fällen die Zuangriffnahme bereits eingeleitet wird. Wo es sich jedoch um die Durchführung bereits durch erste Raten genehmigter Unternehmungen handelt, werde dagegen durchweg so vorgegangen, als sei der diesjährige Etat bereits festgestellt. Ueber die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses ist zu beachten, daß das Abgeordnetenhaus heute zunächst eine Anzahl Petitionen und Wahlprüfungen nach den Kommissionsanträgen erledigte und die Petition betreffend den Vorsitz der Pfarrer in den katholischen Kirchenvorständen in Rheinland, entgegen dem Antrage der Kommission, an die Regierung mit dem Ersuchen verwies, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt; auf der Tagesordnung steht die Beratung der Landgemeindeordnung.

— Für die Plenarversammlung des Deutschen Handelstages ist, einem Antrage der Handelskammer zu Hamburg entsprechend, die „Errichtung einer südamerikanischen Flottenstation“ als weiterer Gegenstand der Tagesordnung in Aussicht genommen.

— Nach einer telegraphischen Meldung sollen Petersburger Blätter berichten, das russische Ministerium des Auswärtigen habe die deutsche Reichsregierung zu gemeinsamem diplomatischen Einschreiten gegen die agitatorisch betriebene, auf Verlockung zur Auswanderung nach Brasilien und Argentinien gerichtete Thätigkeit südamerikanischer Agenten aufgefordert. Es solle an die beiden genannten südamerikanischen Republiken die Forderung gestellt werden, daß sie entsprechende Maßregeln zur Verhinderung der Einwanderung mittelbarer Emigranten treffen, und ferner solle verlangt werden, daß sie der Auswanderung aller derjenigen Emigranten,

welche nach ihrer Heimath zurückkehren wünschen, keine Hindernisse in den Weg legen, zu welchem Zwecke seitens der russischen Regierung Agenten nach Brasilien und Argentinien entsandt werden sollen, um die Verhältnisse der dorthin ausgewanderten russischen Unterthanen klarzustellen. Wie der „Nationalzeitung“ berichtet wird, ist jedoch hier in den zuständigen Kreisen von einer derartigen Aufforderung der russischen Regierung nichts bekannt.

Zur formellen Uebergabe Helgolands an Preußen trafen am 31. März der Oberst a. D. Leo, der Oberregierungsrat v. Bischoffswerder, Landrath Jürgensen und Amtsrichter Waig auf der Insel ein. Am folgenden Tag (dem 1. April) hat dann in kurzer, feierlicher Weise die Uebergabe stattgefunden. An Stelle des kaiserlichen Kommissars, Regierungsrath Dr. Kelsch, ist Oberst a. D. Leo getreten und deshalb auch auf der Insel verblieben. Die anderen genannten Herren, der Oberregierungsrat, welcher an Stelle des Präsidenten erschienen, und der Landrath Jürgensen, sowie Amtsrichter Waig, welcher später die von Zeit zu Zeit stattfindenden Amtsgerichtssitzungen leiten soll — sind am Samstag wieder abgereist. Gouverneur Geiseler bleibt vorläufig auf der Insel mit dem Titel eines Kommandanten. Am 1. April ist auch ein Dampfschiff von Wilhelmshaven angelangt mit sehr viel Proviant, Pulver, Geschütz, so daß auf der Insel ein reges Treiben herrscht.

Der „Verein zur Beförderung des Gewerbeselbstes im preussischen Staate“ hat sich gestern mit großer Mehrheit für die Veranstaltung einer internationalen Ausstellung in Berlin ausgesprochen. Zahlreiche Vertreter industrieller und kommerzieller Kreise wohnten der Versammlung bei.

Der in Kiel am 4. April vom Stapel gelaufene Kreuzer „Falke“ verdient nach Bauart und Bestimmung des Schiffes nähere Beachtung. Wir geben deshalb im Nachfolgenden einen Bericht der „Allg. Ztg.“ aus Kiel über das neuerbaute Schiff wieder:

Mit diesem Schiff erhält die deutsche Marine einen Zuwachs an jener Klasse, welche für den überseeischen Dienst bestimmt ist und bei deren Bau mehr darauf gesehen werden muß, daß den klimatischen Einflüssen ausgiebige Rechnung getragen wird, als daß sie sich durch eine besondere Geschwindigkeit auszeichnen. Der Kreuzer „Falke“ ist ein Schwesterschiff des im vorigen Jahr in Danzig vom Stapel gelaufenen Kreuzers „Bussard“, dessen Bauart sich bei den nunmehr angefertigten Probefahrten als eine fast einwandfreie herausstellte. Der letzte Flottenbauplan hat vier derartige Kreuzer vorgezogen, der jetzt abgelassene „Falke“ ist der zweite derselben, der dritte E ist auf der kaiserlichen Werft in Danzig im Bau begriffen. Der Rumpf des „Falke“ ist nach dem Kompostsystem erbaut, d. h. die Spanten und die untere Lage sind Stahl, über welche sich über Wasser eine einfache, unter Wasser eine doppelte Beplattung aus Teak- und Cypressenholz zieht, die unter Wasser eine Kupferhaut erhalten soll. Das Displacement beträgt 1580 Tonnen, die Maschinen indizieren 2800 Pferdekraft, betreiben zwei dreiflügelige Schrauben, welche dem Schiff sechsundzwanzig Knoten Fahrgeschwindigkeit verleihen sollen. Als Armierung erhalten diese Kreuzer acht Stück 10,5 Centimeter Ringgeschütze, von denen zwei in sogenannten Schwalbennestern und zwei vorn auf der Prop eingekerkert werden. Der Vordersteven ist zu einem mit Bronzefuge versehenen Rumpfsporn ausgezogen, das Heck ist ziemlich stark überhängend. Die Fahrzeuge dieser Klasse führen, da sie auf Absolvierung weiter Reisen eingerichtet sein müssen, eine leichte Dreimasttadelung mit Schonerbefegelung; sie haben sich bisher als gute Segler bewährt. An schwimmenden Kreuzern besitzt unsere Marine jetzt fünf, und zwar „Wdwe“, „Dabicht“, „Sperber“, „Schwalbe“, „Bussard“, dazu ist nunmehr „Falke“ gekommen, während ein Neubau, sowie Ersatzbauten für „Adler“ und „Eber“ auf Stapel stehen. Der neue Kreuzer war seit Juni 1889 im Bau. Die Gesamtkosten für Bau und Ausrüstung sind auf rund zwei Millionen Mark zu schätzen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. April. Mit Rücksicht auf den übermorgen erfolgenden Zusammentritt des neugewählten österreichischen Reichsraths haben heute Fraktionsführungen stattgefunden. Unter dem Vorsitz des Grafen Hohenwart fand eine Berathung von Vertrauensmännern der Rechten statt, an welcher Richard Graf Clam-Martiniß, Prinz Karl Schwarzenberg, Graf Deym, Fürst Czartowski, Zamorski, Czernawski, Klac, Ebenhoch, Rathrein, Carlow und Fuhs theilnahmen. Die mährischen Czechen waren nicht vertreten. Die vereinigte deutsche Linke versammelte sich unter dem Vorsitz Pleners. Anwesend waren 95 Abgeordnete. Plener berichtete über seine und Ehlmeckys Verhandlungen mit der Regierung. Beiden Abgeordneten wurde der Dank der Partei ausgesprochen und Plener wurde zum provisorischen Obmann bestellt. — Baron Pasetti wurde zum ersten, Graf Welfersheim zum zweiten Sektionschef im Ministerium des Aeußern ernannt; Baron Glanz erhielt den Titel und Charakter eines Sektionschefs.

Italien.

Rom, 6. April. Nach den Bestimmungen der italienischen Verfassung ist der Staatsrath dazu berufen, über wichtige neue organische Gesetze und Reglements, welche von der Regierung den Kammern vorgelegt werden, sein Gutachten abzugeben und dieselben eventuell zu amendiren, ehe sie zur parlamentarischen Verhandlung gelangen. Das neue Kabinet scheint sich an diese Bestimmung enger halten zu wollen, als das frühere, welches sich über dieselbe in manchen Fällen hinweggesetzt hat. Es ist jedenfalls bemerkenswerth, daß der Ministerpräsident Marchese di Rudini in einem an den Staatsrathspräsidenten Caborua gerichteten Schreiben ausdrücklich erklärte, diese Verfassungsvorschrift streng zu beobachten zu wollen. Unter den neuen Gesetzen, welche die gegenwärtige Regierung vorbereitet, befindet sich eines, welches allgemein mit Befriedigung aufgenommen wird, nämlich jenes über die Decentralisation der Verwaltung. Der „Pol. Corr.“ schreibt man: Die strenge Centralisation, welche bisher, besonders unter

dem letzten Ministerium geübt wurde, hat manche Nachteile mit sich gebracht, indem sie nicht nur die Last der Geschäfte der Centralverwaltung bedeutend vermehrte und den Dienstweg verwickelter gestaltete, sondern auch die Autorität und den Wirkungskreis der autonomen Behörden beeinträchtigte. Das gegenwärtige Kabinet hat sich nun entschlossen, den autonomen Behörden einen größeren Spielraum zu gewähren, die Agenden der Centralverwaltung und dadurch auch die Kosten derselben in manchen Beziehungen bedeutend einzuschränken. Die Regierung hat auch schon einen hierauf bezüglichen Gesetzentwurf vorbereitet, welcher dem Staatsrath zugegangen ist und nach dessen Prüfung und Billigung durch diese Körperschaft dem Parlamente vorgelegt werden soll. Der Wunsch nach einer Decentralisation der Verwaltung hat sich in Italien so oft und in so lebhafter Weise manifestirt, daß diese Reform gewiß allgemein Beifall finden wird. Der wohlthätige Einfluß der einführenden Decentralisation wird sich im Gange der Verwaltungsangelegenheiten bald bemerkbar machen.

Frankreich.

Paris, 7. April. Der Graf von Paris hat den Herzog d'Audiffret-Pasquier zum Präsidenten des politischen Rathes eingesetzt, dem er bei seinem Auszug infolge des Verbannungsgesetzes die Führung der monarchistischen Sache in Frankreich anvertraut hat. Außerdem liegt die Agitation für die Sache des Grafen von Paris in den Händen des Grafen d'Haussonville. Graf d'Haussonville macht dem „Figaro“ und dem „Gaulois“ Mittheilungen über seine Pläne in Betreff der Wiederbelebung der orleanistischen Partei und darnach gedenkt er zunächst, im Mittelpunkt von Paris ein Lokal zu mieten, wo er und seine Mitarbeiter, Marquis de Beauvoir und Herr Dufeuille, ihre Kabinette und alle Gefinnungsgenossen Zutritt hätten. Dann will er eine Rundreise durch alle größeren Städte Frankreichs unternehmen und sich mit den monarchistischen Komitès der Region in Verbindung setzen, um womöglich dauernde Beziehungen anzuknüpfen, die lidenhaftigen Kadres zu vervollständigen u. s. w. Die republikanische Presse mißt diesen Bestrebungen der orleanistischen Partei keine größere Bedeutung bei. — Nach einer Meldung aus Algier weichte Kardinal Lavigerie vorgestern in Wisra das erste Haus der „bewaffneten Mönche der Sahara“ ein. Er erinnerte in seiner Ansprache an den Zweck der Einrichtung, indem er hervorgehoben, welche Idee der Brüsseler Konferenz hervorhob, welche einzig und allein dahingehende, die Sklaverei ohne Eroberungsgelüste und irdische Hoffnungen abzuschaffen. (Die Sahara-Brüder, deren Orden vom Kardinal Lavigerie gegründet worden, sollen die Leiden der durch die Sahara beförderten Sklaven lindern. Sie sollen Kranke pflegen, flüchtige Sklaven aufnehmen und dadurch das Vertrauen der Wüstenstämme gewinnen. Sie sollen ferner Brunnen graben, Däfen anlegen, Dattelpalmen und Gemüse pflanzen und Wild jagen. Zu letzterem Zweck, sowie um sich gegen Angriffe zu schützen, müssen sie mit Handhabung der Waffen vertraut sein. Die Mönche sehen früh auf und nehmen ihre Mahlzeiten Mittags und Abends um acht Uhr ein. Ihre Nahrung besteht aus Suppe, Fleisch und Gemüse. Letzteres bauen die Mönche in ihrem Garten. Das Fleisch liefern ihnen die Antilopen und Gazellen der Wäste. Die Mönche werden auch eine arabische Schule einrichten.)

Großbritannien.

London, 7. April. In Cork ist gestern das Urtheil des Geschworenengerichts über die Friedensstörer in Tipperary gefällt worden. Die vom Obedricten ausgesprochenen Strafen sind sehr erheblich. John Foley bekam 7 Jahre Zuchthaus, weil er Sprengstoffe in seinem Besitz hatte; Timothy Moynihan und William Kearden wurden wegen „Mondscheinerlern“ zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt und Michael Danley und Michael Sanders haben es mit 12 resp. 18 Monaten im Zuchthaus zu büßen, daß sie gegen das Gesetz Boycottbekanntmachungen an die Manern angeschlagen haben. Der Richter erklärte bei der Urtheilsverfändigung, die Stadt Tipperary befinde sich in traurigem Zustande; es herrsche dort ein organisiertes System der Einschüchterung, dem Boycotten und Sprengstoffe als Mittel dienen. Die Gesellschaft müsse in Tipperary vor einem derartigen Terrorismus geschützt werden.

Rußland.

St. Petersburg, 7. April. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sind heute Nachmittag von hier nach Gatschina übergesiedelt.

Serbien.

Belgrad, 7. April. Der serbische Kriegsminister, Oberst Rascha Miletsch, hat bestimmt, daß 25 Offiziere aller Waffengattungen und 1 Auditeur der russischen Armee zugetheilt werden. Die Betreffenden gehen am 13. d. M. nach ihren Bestimmungsorten in Rußland ab.

Bulgarien.

Sofia, 7. April. Der Kawasse der russischen Agentur, welcher beschuldigt ist, die Drohbriese an den Prinzen Ferdinand, die Prinzessin Clementine und den Minister Grefoff gerichtet zu haben, wurde ausgewiesen und von Sendarmen bis zur türkischen Grenze geleitet. Dort wurde er freigelassen.

Zeitungsstimmen.

Die „Neue Reichskorrespondenz“ äußert sich über die gewerblichen Vorlagen des Reichstags in folgenden Worten: „Die rasche Entwicklung, welche das deutsche Gewerbe in den letzten Jahrzehnten genommen hat und noch nimmt, bedingt es, daß fast in jeder der letzten Sesssionen dem Reichstage eine Anzahl von Vorlagen zugeestellt wurde, welche sich unmittelbar oder mittelbar auf das Gewerbe bezogen. In der gegenwärtigen Reichstagssitzung ist diese Zahl nun besonders reich-

sich ausgefallen. Einige von den vorgelegten Gesetzentwürfen sind bereits erlegt. So das Gesetz über die Errichtung der Gewerbegerichte, welches bereits mit dem 1. April des laufenden Jahres in Kraft getreten ist, und die Patentgesetznovelle, welche, nachdem auch der Bundesrath ihr in der vom Reichstage beschlossenen Form seine Zustimmung gegeben hat, am 1. Oktober 1891 zur Geltung kommen wird. Andere Gesetzentwürfe barren jedoch noch der Verabschiedung. In erster Reihe die nunmehr schon seit dem Mai 1890 in Berathung befindliche Gewerbeordnungsnovelle. Bei dem Umfange der in der letzteren behandelten Materien wird es angelegentlicher Arbeit bedürfen, sie bis zum Pfingstfeste, dem in Aussicht genommenen Schluß der diesmaligen Reichstagssitzung zu erledigen. Nun taucht verschiedentlich der Vorschlag auf, einzelne Abschnitte aus der Novelle herauszuheben und vorweg zur Verabschiedung zu bringen, die übrigen dagegen auf eine spätere Session zu vertagen. Dieser Vorschlag kann als empfehlenswerth nicht bezeichnet werden. Man wünscht allgemein, daß nun endlich die sogenannte Arbeiterchutzvorlage unter Dach und Fach komme, damit das Gewerbe, welches überzeugt davon ist, daß in Sachen des Arbeiterschutzes nunmehr ein einstweiliger Abschluß erreicht ist, für einen einigermaßen wenigstens ausgebeuteten Zeitraum zur Ruhe kommt und sich nach Einleitung in die neuen Verhältnisse seiner Hauptaufgabe, der Produktion, wieder ungestört hingeben kann. Das Gewerbe selbst hat deshalb gemeinsam mit der Reichsregierung das Verlangen, daß die Gewerbeordnungsnovelle in der laufenden Session zum Abschluß gebracht wird. Sodann steht noch der Gesetzentwurf über den Arbeiterschutz aus. Wir haben bekanntlich bereits ein Arbeiterschutzgesetz, dasselbe bezieht sich indessen nur auf die Geschmacksstoffe. Jetzt soll auch den Gebrauchsmustern derselbe Schutz gewährt werden, dessen Erreichung ihnen allerdings gegenwärtig auf dem Wege der Patentnachsuchung aber nur nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten möglich war. Der Arbeiterschutzgesetzentwurf befindet sich noch in der Kommission, welcher auch der Patentgesetznovelle überwiesen war. Es wird aber überall dringend gewünscht, daß sich diese Kommission nunmehr bald an die Berathung des Entwurfs bezieht, damit er noch in dieser Session zu Stande kommt. Es ist dies auch umso mehr erforderlich, als der Entwurf eine Ergänzung zum neuen Patentgesetz bildet. Schließlich wird auch allgemein das Verlangen geäußert, daß die Krankenversicherungsnovelle erlegt wird. Die Ansichten in dieser Materie sind durch die nahezu zehnjährige Erfahrung auf dem Gebiete des Arbeiter-Krankenversicherungswesens geklärt und wenn auch die Reichstagskommission an der Vorlage der verbündeten Regierungen manche Verbesserungen vorgenommen hat, so hofft man, daß das Plenum hier wird Remedur eintreten und sich somit noch ein die Krankenversicherung förderndes Resultat erzielen lassen. Jedemfalls würde, falls diese drei gewerblichen Vorlagen gleichfalls noch zur Verabschiedung gelangen würden, die gegenwärtige Session des Reichstages als eine für die Entwicklung der gewerblichen Gesetzgebung hochbedeutende bezeichnet werden müssen.“

Die telegraphisch angekündigte Aeußerung des „Reichsanzeigers“ hinsichtlich des südwestafrikanischen Schutzbereiches lautet: Die „Times“ und der „Daily Telegraph“ vom 6. April d. J. enthalten folgende Reuter-Depesche d. d. Berlin, den 5. April: „Es verlautet aus glaubwürdiger Quelle, daß der Reichskanzler General v. Caprivi an Lord Salisbury eine Depesche gerichtet habe des Inhalts, daß das deutsche südwestafrikanische Schutzbereich aufgegeben werden wird, wenn es dem deutsch-englischen Syndikat nicht gelingt, das in Aussicht genommene Kapital aufzubringen. Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, dem Syndikat genügend Zeit zu lassen und in dem vorgedachten Gebiet keine Konzession anzuweisen, bis die Gesellschaft zu Stande gekommen ist. Die Depesche beschränkt das Gebiet als Sanbwüste, und es ist klar, daß hier die Befürchtung besteht, das englisch-deutsche Syndikat möchte das Kapital von England nicht bekommen, da es in Deutschland seinen Sitz hat und von deutschen Direktoren geleitet wird. Wenn die Deutschen nicht unternehmend genug sind, das Geld aufzubringen, so wird die Kolonie wahrscheinlich an die englische Regierung abgetreten werden.“ Die vorstehenden Angaben sind insgesammt von Anfang bis zu Ende aus der Luft gegriffen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 8. April.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Oberrechnungsraths Adam entgegen und ertheilte dem nach benannten Personen Audienz: dem Kommerzienrath Dissené, G. Ladenburg und E. Köhling von Mannheim als Abordnung des Direktoriums des Badischen Kennvereins, dem Kunstgewerbeschuldirektor Götz, dem Direktor Roth, Abtheilungsvorstand bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, dem 1. Staatsanwalt Uibel in Konstanz, dem Oberzollinspektor Gräff in Baden, dem Maler Schuster in Freiburg i. B., dem Professor Holzmann in Konstanz, dem Professor Volkert in Ladenburg, dem Steuerkommissar Maier in Offenburg, dem Postmeister Münch in Dinglingen, dem Königlich Preussischen Lieutenant von Scherer, z. Zt. in Heidelberg, dem Direktionsassistent an der Kunsthalle, Dr. Kölig dahier, dem Professor Horn dahier, dem Oberschultheißer Köhmbildt und dem Schultheißer Krautinger daselbst, dem Bürgermeister Kaiser in Kenzingen, sowie einer Abordnung des Kirchengemeinderaths Bürgerschaften, bestehend aus drei Mitgliedern. Gegen 4 Uhr traf Seine Durchlaucht Prinz Karl von Hohenzollern aus Baden-Baden, wo Höchstderselbe bei Seiner Großmutter, Ihrer Königlichen Hoheit der Fürstin Josefine von Hohenzollern, weil, zum Besuch bei den Großherzoglichen Herrschaften ein. Der Prinz verweilte bis gegen 4 Uhr im Großherzoglichen Schlosse und kehrte dann nach Baden-Baden zurück. Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimraths Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo. Darnach fand größerer Empfang bei Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin statt und wurden im Verlauf desselben von Professor Krabbes viele Aquarell-Studien von seiner letzten italienischen Reise vorgezeigt.

* (Die Kreisversammlung) des Kreises Karlsruhe findet, wie wir hören, am 23. April hier statt.
□ (Schwurgericht.) 3. Fall. Anklage gegen den 19 Jahre alten Heinrich Wegler von Baurbach und den 20 Jahre alten

Jacob Kirn von Egenhausen wegen Sittlichkeitsverbrechens. Nach unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführter Verhandlung wurden beide Angeklagte zu je 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

4. Fall. Anklage gegen den 32 Jahre alten Christian Krämer von Remwid wegen Sittlichkeitsverbrechens. Auch hier erfolgte Verurteilung, und zwar erhielt derselbe 1 Jahr 10 Monate Gefängnis unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre. Bei beiden Fällen führte Herr Landgerichtsdirektor Fischer den Vorsitz, während die Anklage von Herrn Staatsanwalt Arnold vertreten war.

5. Fall. Anklage gegen den 23 Jahre alten Landwirt Franz Kaver Krager von Sandweier wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode. Den Vorsitz hatte Herr Landgerichtsrath Dfer inne, die Anklagebehörde vertrat Herr Staatsanwalt Häbsch, während die Verteidigung Herr Anwalt Bertheimer aus Baden übernommen hatte. Als Sachverständige wohnten die Herren Medizinalrath Duffinger und praktischer Arzt Jinger der Verhandlung an. Die Anklage beschuldigt den Krager, in der Neujaarsnacht den 29 Jahre alten Franz Kaver Haunz von Sandweier durch einen mit einem einzelligen Daghaken versehenen Schlag derart am Rücken verletzt zu haben, daß in der Folge am 15. Januar der Tod des Haunz eintrat. Der Haken war sogar dem Verletzten im Rücken stecken geblieben. Der Letztere, Haunz, war, wie er noch vor seinem Tode, eidlich vernommen, auszusagen, übrigens nicht an den Streitigkeiten, die der That vorausgingen, theilhaftig, sondern nur auf dem Heimweg bei der Wohnung des Beschuldigten vorbeigekommen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage unter Zulassung mildernder Umstände, worauf das Gericht den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 1 Monat der erlassenen Untersuchungshaft, verurtheilte.

Den letzten Vortrag im Verein für jüdische Geschichte und Literatur hielt Herr Professor Dr. Lefmann über das Thema „Arifch und semitisch“. Der Vortrag erschien fast etwas zu gelehrig, um vor Laien gehalten zu werden. Damit soll dem Redner jedoch keineswegs sein Verdienst geschmälert werden. Er zeigte sich als gründlicher Kenner aller einschlägigen Fragen und wies in klarer Weise nach, wie die beiden Stämme sich entwickelt und welche Sitten und Gebräuche, vornehmlich in religiöser Hinsicht, sie angenommen haben. Das Auditorium zeigte sich den vortrefflichen Ausführungen des Redners gegenüber sehr dankbar.

Heidelberg, 7. April. (Stadtorchester. - Theater.) Das hiesige Stadtorchester ist wiederum durch einige tüchtige Kräfte verstärkt worden. - Der Hoffmannsänger und Regisseur Dr. Hoffmann aus Mannheim ist im Stadttheater in Werbers „Kriegsplan“, dem „Gefängnis“ und im „Freund Fritz“ aufgetreten und hat hier sehr gefallen. Einen großen Erfolg hatte in dem letztgenannten Stück Direktor Heinrich als Rabbi Sichel erzielt, eine Rolle, mit der er schon unter Laube in Wien große Anerkennung fand.

Wormsheim, 6. April. (Schul- und Rathhausbau.) Heute fand hier unter der Leitung des Herrn Oberbürgermeisters Haber eine Sitzung des Bürgerausschusses statt, die wegen der vorliegenden Fragen von Bedeutung war und hinsichtlich der gefassten Beschlüsse einen sehr erfreulichen Verlauf nahm. Es handelte sich um den Bau eines neuen Rathhauses an Stelle des vom Feuer zerstörten und im Zusammenhange damit um die Erhaltung eines neuen Schulgebäudes. Wie schon berichtet wurde, sind verschiedene Räumlichkeiten eines Schulhauses für Unterbringung der Gemeindefolgen etc. in Anspruch genommen worden. Da entsprechende andere Lokalitäten für Schulzwecke nicht zur Verfügung stehen und nach etwa zwei Jahren obnehin ein neues geräumiges Schulhaus gebaut werden müßte, so brachte der Vorsitzende, im Einverständniß mit dem geschäftsleitenden Stadtverordnetenportand, als ersten Antrag die Erbauung eines neuen 12klassigen Volksschulgebäudes an der Erbprinzenstraße, wo sich bereits ein Schulhaus mit Turnhalle befindet, zur Verhandlung. Nachdem derselbe den Antrag in eingehender Weise begründet hatte, stimmte die Versammlung nach kurzer Diskussion einhellig demselben zu. Ebenso einstimmig wurde dann auch der Antrag auf Erbauung eines neuen Rathhauses und, beifolgend zweckmäßiger Verfertigung desselben, auf Ankauf des an das bisherige Gebäude anstoßenden Haug'schen beziehungsweise Goldschmied'schen Hauses angenommen. Dem Herrn Oberbürgermeister wurde auf Antrag des Herrn Stadtverwalters A. Kayser der Dank für die in der Sache gemachten vielen, erfreulichen Weise erfolgreichen Bemühungen von der Versammlung ausgesprochen.

Offenburg, 6. April. (Schwarzwalddereiner.) Der hiesige Zweigverein des Schwarzwalddereiner läßt sich für dieses Jahr die Zugänglichmachung mehrerer lohnender Aussichtspunkte und die Errichtung eines Aussichtsturmes auf dem „Hohen Horn“ angelegen sein. Außerdem soll in nächster Zeit eine Karte des Gebietes von Gengenbach, Oberkirch und Offenburg, eines Führers durch Stadt und Umgegend nebst einem Verzeichniß wähliger Ausflüge von den in genannten Städten bestehenden Zweigvereinen gemeinsam herausgegeben werden.

Verschiedenes.

W. Magdeburg, 7. April. (Brandschaden.) In der letzten Nacht ist das Gebäude der hiesigen Kunstausstellung abgebrannt. Der Schaden ist nicht sehr bedeutend.

Wiesbaden, 7. April. (Der zehnte Kongress für innere Medizin) wurde gestern eröffnet und hat den Geh. Medizinalrath Professor Dr. Leyden zum Vorsitzenden gewählt. Der Kongress ist, wie der „Voss. Ztg.“ berichtet wird, von mehr als 200 Aerzten, darunter den berühmtesten Klinikern Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz besucht. Regierungspräsident v. Teppe-Lastri begrüßte den Kongress im Namen der hiesigen Regierung. Vom Kultusministerium ist Geheimrath Strzezska anwesend. Als Vizepräsidenten wurden berufen: Geheimrath Duinade-Riel, Professor Demme-Bern, Geheimrath Raunhyn-Strasbourg. Letzterer und Professor Fürbringer-Berlin behandelten in der gestrigen Vormittags Sitzung die Gallenheinkrankheiten.

Frankfurt, 7. April. (Internationale elektrotechnische Ausstellung.) Die im Rahmen des Ausstellungsunternehmens projektierte Kunstausstellung von Meisterwerken aus dem Frankfurter Privatbesitz ist infolge allseitiger Bereitwilligkeit der hiesigen Kunstfreunde gesichert. Die Zahl und die Qualität der erfolgten Anmeldungen hat sogar die Erwartungen des Kunstausstellungsausschusses übertraffen. Die besten Meister der Kunst, sowohl Deutschlands, als auch des Auslandes, werden in ausgezeichneten Exemplaren vertreten sein; darunter sind zahlreiche außerordentlich werthvolle Bilder, welche niemals öffentlich ausgestellt waren. Der verfügbare Raum ist

so vollständig in Anspruch genommen, daß die ursprünglich Absicht des Ausschusses, auch Bilder alter Meister auszustellen, fallen gelassen werden mußte. Diese aus der Mitte des Frankfurter Bürgerthums heraus getretene Veranstaltung wird einen der hervorragendsten Anziehungspunkte der elektrischen Ausstellung bilden. Den Dank für ihre Dofertwilligkeit dürften die Befürworter der Kunstwerke in dem Beifall finden, welchen die Besucher der Ausstellung der trefflichen Auswahl zollen werden, und in der Freude, welche sie selbst haben werden, ihre Schätze in dem Richte der Elektrizität prangen zu sehen.

W. Wien, 7. April. (Eodesfall.) Der Generalsekretär der Oesterreich-ungarischen Bank, Ritter v. Leonhardt, einer der verdienstvollsten Finanzmänner Oesterreichs, ist heute Vormittag einem kurzen Lungenleiden erlegen.

R.B. London, 7. April. (Eisenbahn in Natal.) Aus Durban erfährt das Bureau Reuter, daß die Verlängerung der Natal-Eisenbahn bis zur Grenze von Transvaal heute in Anwesenheit des Gouverneurs von Natal, des Präsidenten Krüger und des Generals Jonbert eröffnet worden ist.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 8. April. Vor dem heutigen Diner bei dem Fürsten Pleß wird Seine Majestät der Kaiser bei dem Fürsten dem Kapitel des Hubertusordens beizuwohnen, wobei der Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein und Graf Solms-Mitischdorf in den Orden aufgenommen werden. Das Diner findet im Jagdschlösschen statt.

Berlin, 8. April. Der Reichstag fuhr in der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung fort. Abg. Roeside zog seinen Antrag betreffend die Gewährung einer neunzehntägigen Ruhepause nach je zwei Arbeitstagen für Arbeiter unter 16 Jahren zurück, nachdem der preussische Handelsminister Febr. v. Berlepsch erklärt hatte, der Antrag sei weder nöthig noch unbedenklich. § 121 wurde sodann unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, nach welchem auch die Gehilfen und Lehrlinge in Gast- und Schankwirtschaften, sowie in Gärtnereien zu häuslichen Arbeiten nicht verbunden sein sollen, nach den Anträgen der Kommission angenommen. (Der Paragraph lautet: „Gehilfen und Gehilfen sind verpflichtet, den Anordnungen der Arbeitgeber in Beziehung auf die ihnen übertragenen Arbeiten und auf die häuslichen Einrichtungen Folge zu leisten; zu häuslichen Arbeiten sind sie nicht verbunden.“ Der schon bei der ersten Kommissionslesung abgelehnte, jetzt wieder im Plenum eingebrachte und auch hier verworfene Änderungsantrag ging dahin: „Im § 121 Zeile 1 hinter dem Wort Gehilfen in Parathese zu setzen: Bedienungspersonal in Gast- und Schankwirtschaften, Gehilfen in Gärtnereien.“)

§ 122, wonach eine 14tägige Kündigungsfrist die Regel bildet, wurde unter Ablehnung des Antrags Auer, eine Vereinbarung von Kündigungsfristen auszuschließen, nach längerer Debatte in der von der Kommission beschlossenen Fassung angenommen; desgleichen die §§ 123, 124 gestattete Nichteinhaltung der Kündigungsfristen, ferner der Antrag Entlassung und § 124 a. (Trennung des Vertragsverhältnisses auf Grund richtiger Entscheidung). Fortsetzung morgen 1 Uhr.

Bern, 8. April. Die Bundesversammlung beschloß eine Revision der Bundesverfassung in der Richtung, daß 50 000 Bürger durch einfache Anregung oder durch Vorlegung eines ausgearbeiteten Entwurfs die Revision einzelner Bestimmungen der Verfassung verlangen können. Bei der Vorlegung eines ausgearbeiteten Entwurfs unterliegt derselbe unverändert der Volksabstimmung. Auch der

Beschluß der Bundesversammlung unterliegt der Volksabstimmung.

New-York, 8. April. Nach einer Depesche des Blattes „World“ aus Rio de Janeiro widersetzten sich die fremden Kaufleute energisch den Ratifikationen des neuen brasilianischen Handelsvertrags mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der allgemeine Glaube gehe dahin, daß, wenn nicht der Präsident Fonseca bei dem brasilianischen Kongress intervenire, die Verwerfung des Vertrags unvermeidlich sei.

St. Petersburg, 8. April. Großfürst Michael Michailowitsch ist aus dem russischen Heeresdienst ausgeschlossen worden. Die Regimenter, deren Chef der Großfürst war, werden hinfort mit Weglassung des Titels genannt. (Der Großfürst war Kompaniechef im Garde-Jägerregiment; als Chef hatten ihn die 4. Batterie der reitenden Garde-artillerie und das Preß'sche Infanterieregiment Nr. 49.)

Liverpool, 8. April. Das hiesige „Journal of Commerce“ erfährt aus Kamerun, die Expedition Zintgraf in das Innere des Landes habe viel Unglück gehabt. Drei Europäer und etwa 170 Eingeborene seien getödtet worden. Zintgraf selbst marschire mit dem Rest des Zuges nach der Küste zurück. Näheres war bei dem Abgang der Post, der am 28. Februar erfolgte, noch unbekannt. (In Berlin liegen noch keine Mittheilungen dieser Art vor.)

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 9. April. 61. Ab.-Vorl.: „Lucia von Lammermoor“, Oper in 3 Aufzügen von Salvatore Cammerano. Musik von G. Donizetti. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Barlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 2. April. Friedrich Hugo, B.: Leo Höpf, Küfer. - 4. April. Irene, B.: Theodor Birl, Kaufmann. - 6. April. Karolina, B.: Franz Friedmann, Fabrikarbeiter. - 7. April. Emilie, B.: Job. Gänge, Tagelöhner. - Elisabeth Anna Alice Charlotte, B.: Eduard Reuß, Pianist. - Martha Karolina, B.: Karl Peter, Banddirektor. - Elisabetha Lina, B.: Christof Schwander, Eisenbreher. - Heaufgebote. 7. April. Theodor Binz von Jahr, Tagelöhner hier, mit Christine Speck Witwe von Neuburgweier. - Willy Rainzer von Lautenthal, Kellner hier, mit Maria Stopp von Ballweiler. - 8. April. Jakob Wallwein von Gaiberg, Schreiner hier, mit Christiane Greth von Hochheim. - Eheschließungen. 7. April. Karl Dengler von Durlach, Mechaniker in Durlach, mit Elisabetha Kreh von Heiligkreuzsteinach. - Sebastian Knebel von Dornburg, Bahnmeisterkandidat in Dürkheim, mit Josefine Tritschler von Bahl. - Johann Schweinen von Rölln, Sattler hier, mit Elise Binnewisser von Mannheim. - Todesfälle. 6. April. Christofine, Witwe von Andreas Bob, Weinbändler, 77 J. - Willy, 1. N. 3 T., B.: Philipp Seyfert, Oberkellner.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Table with 7 columns: April, Barom., Therm., Absolute Feucht., Relative Feucht., Wind, Himmel. Data for 6, 7, 7, 7, 8, 8, 8 April.

Regen. Regen = 9.7 mm der letzten 24 Stunden. Regen. Regen = 2.2 mm der letzten 24 Stunden. Wasserstand des Rheins. Mainz, 7. April, 4.46 m, gestiegen 44 cm; 8. April, Mainz, 4.70 m, gestiegen 24 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garber in Karlsruhe.

Wetterkarte vom 8. April, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung hat sich seit dem Vortage noch ungünstiger als bisher gestaltet. Die Depression, welche gestern über dem westlichen Mitteleuropa lag, hat sich weiter ostwärts bewegt und hat sich zu einer Furche geringen Druckes, welche sich von Nordwestdeutschland über Böhmen und Oesterreich nach Italien hinzieht, und in welcher mehrere Theilminima zu erkennen sind, umgewandelt. Dieser unregelmäßigen Druckvertheilung entsprechend ist das Wetter unbeständig und regnerisch geblieben; eine Besserung ist vorerit nicht wahrscheinlich. Da das barometrische Maximum im Nordosten noch besteht und außerdem ein zweites im Nordwesten, wo das Barometer stark gestiegen ist, in der Ausbildung begriffen scheint, so werden nördliche Winde vorherrschend werden und die Temperaturen werden abnehmend sinken.

Erklärung. Die den Stationen beigelegten Zahlen geben die Temperaturgrade nach Celsius an; die den Kurven (Isobaren) beigelegten Zahlen bezeichnen den auf das Meer reduzierten Barometerstand in Millimeter.

A. Aachen, B. Berlin, C. Const., D. Chemnitz, E. Eisenach, F. Frankfurt, G. Göttingen, H. Hannover, I. Heilbr., J. Jena, K. Karlsruhe, L. Leipzig, M. Magdeburg, N. Nürnberg, O. Osnabrück, P. Paris, Q. Regensburg, R. Rostock, S. Stettin, T. Trier, U. Ulm, V. Völs, W. Wiesbaden, X. Xanten, Y. Ypern, Z. Zürich. - - - - - Regen. - - - - - Nebel. - - - - - Schnee. - - - - - Hagel. - - - - - Wind. - - - - - Sturm. - - - - - Orkan. - - - - - F. = fehlt (keine Angabe).

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 8. April 1891.

Table of financial reports including Staatspapiere, Kreditaktien, Disb.-Kommandit, and various bank and exchange rates for Berlin, Wien, and London.

Bekanntmachung.

19. Oktober 1890, 60 R. nebst 5% Zins seit 3. Februar 1891, und von 83 R. 50 Pf. nebst 5% Zins seit 9. Februar 1891.

Die Rückzahlung dieser Obligationen, sowie die Einlösung der auf 1. April und 1. Oktober fälligen Zinscoupons findet statt:

- a. in Karlsruhe: bei der Kreisbank, dem Bankhause Strauß & Cie.
b. in Frankfurt a. M.: bei dem Bankhause Deutsche Effekten- und Wechselbank.

Die Rückzahlung dieser Obligationen, sowie die Einlösung der auf 1. April und 1. Oktober fälligen Zinscoupons findet statt:

Wir suchen zu sofortigem Eintritt einen tüchtigen **Maschineningenieur** und einen Kaufmann, wenn möglich mit Fachkenntnissen. Hohes Gehalt und dauernde Stellung. Gef. Anerbietungen an **Badische Elektrizitätswerke Offenburg**.

Ein junger **Architekt**, geübter Zeichner, zu sofortigem Eintritt gesucht von **F. Bloch, Architekt, Freiburg i. B.**

Stelle-Gesuch. 1.94. E. Fräul. (Israel), welches ber. als Erziehlerin thätig war, der engl. Spr. mächtig in allen weiblichen Handarb. bewandert, sucht ähnl. Stell. Es w. mehr a. familiäre Beh. als auf h. S. gesehen. Gest. Off. unter L. 1549 an **Rud. Woffe, Pforzheim.**

Caution bedürftige wollen sich wenden an die **Fides** Erste deutsche Caution-Vers.-Anst. in Mannheim.

Heirath. 1.593.5. Vermöge seiner Nützlichkeit und strengen Reclität erweist sich das **Wirt. Versorgungs-Institut** allseitiger Achtung und Beliebtheit. Bitte, adressieren Sie vertraul. Anfragen **Postfach 216 Stuttgart.** Chiffrebriefe wertlos, bitte Retourmarke.

Blut. Apfelsinen, Citronen 2.80 pr. 5 Kilo-Korb, 2 1/2 Kilo Malaga-Tafel Rosinen 4 Mk., 5 Kilo neue Malta-Kartoffel 2 Mk. 50, Alles portofrei, bei der Administration des **„Exporteur“** in Triest.

Badische Weine. Gebr. Schlager, Jahr i. B. Prämirt auf sämtlichen bes. schickten Anstellungen. Patentkellerei seit 1876.

Bürgerliche Rechtsplege. 1.196.1. Karlsruhe. Peter Weber, Wirt zu Granate hier, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wörter hier, klagt gegen Heinrich Weber, Wirt von hier, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesend, aus Darlehen vom 30. Juli und 19. Oktober 1890 und Bürgschaften vom 3. und 9. Februar 1891, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von:

19. Oktober 1890, 60 R. nebst 5% Zins seit 3. Februar 1891, und von 83 R. 50 Pf. nebst 5% Zins seit 9. Februar 1891.

Die Rückzahlung dieser Obligationen, sowie die Einlösung der auf 1. April und 1. Oktober fälligen Zinscoupons findet statt:

Wir suchen zu sofortigem Eintritt einen tüchtigen **Maschineningenieur** und einen Kaufmann, wenn möglich mit Fachkenntnissen. Hohes Gehalt und dauernde Stellung. Gef. Anerbietungen an **Badische Elektrizitätswerke Offenburg**.

Ein junger **Architekt**, geübter Zeichner, zu sofortigem Eintritt gesucht von **F. Bloch, Architekt, Freiburg i. B.**

Stelle-Gesuch. 1.94. E. Fräul. (Israel), welches ber. als Erziehlerin thätig war, der engl. Spr. mächtig in allen weiblichen Handarb. bewandert, sucht ähnl. Stell. Es w. mehr a. familiäre Beh. als auf h. S. gesehen. Gest. Off. unter L. 1549 an **Rud. Woffe, Pforzheim.**

Caution bedürftige wollen sich wenden an die **Fides** Erste deutsche Caution-Vers.-Anst. in Mannheim.

Heirath. 1.593.5. Vermöge seiner Nützlichkeit und strengen Reclität erweist sich das **Wirt. Versorgungs-Institut** allseitiger Achtung und Beliebtheit. Bitte, adressieren Sie vertraul. Anfragen **Postfach 216 Stuttgart.** Chiffrebriefe wertlos, bitte Retourmarke.

Blut. Apfelsinen, Citronen 2.80 pr. 5 Kilo-Korb, 2 1/2 Kilo Malaga-Tafel Rosinen 4 Mk., 5 Kilo neue Malta-Kartoffel 2 Mk. 50, Alles portofrei, bei der Administration des **„Exporteur“** in Triest.

Badische Weine. Gebr. Schlager, Jahr i. B. Prämirt auf sämtlichen bes. schickten Anstellungen. Patentkellerei seit 1876.

Bürgerliche Rechtsplege. 1.196.1. Karlsruhe. Peter Weber, Wirt zu Granate hier, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wörter hier, klagt gegen Heinrich Weber, Wirt von hier, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesend, aus Darlehen vom 30. Juli und 19. Oktober 1890 und Bürgschaften vom 3. und 9. Februar 1891, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von:

19. Oktober 1890, 60 R. nebst 5% Zins seit 3. Februar 1891, und von 83 R. 50 Pf. nebst 5% Zins seit 9. Februar 1891.

Die Rückzahlung dieser Obligationen, sowie die Einlösung der auf 1. April und 1. Oktober fälligen Zinscoupons findet statt:

Wir suchen zu sofortigem Eintritt einen tüchtigen **Maschineningenieur** und einen Kaufmann, wenn möglich mit Fachkenntnissen. Hohes Gehalt und dauernde Stellung. Gef. Anerbietungen an **Badische Elektrizitätswerke Offenburg**.

Ein junger **Architekt**, geübter Zeichner, zu sofortigem Eintritt gesucht von **F. Bloch, Architekt, Freiburg i. B.**

Stelle-Gesuch. 1.94. E. Fräul. (Israel), welches ber. als Erziehlerin thätig war, der engl. Spr. mächtig in allen weiblichen Handarb. bewandert, sucht ähnl. Stell. Es w. mehr a. familiäre Beh. als auf h. S. gesehen. Gest. Off. unter L. 1549 an **Rud. Woffe, Pforzheim.**

Caution bedürftige wollen sich wenden an die **Fides** Erste deutsche Caution-Vers.-Anst. in Mannheim.

Heirath. 1.593.5. Vermöge seiner Nützlichkeit und strengen Reclität erweist sich das **Wirt. Versorgungs-Institut** allseitiger Achtung und Beliebtheit. Bitte, adressieren Sie vertraul. Anfragen **Postfach 216 Stuttgart.** Chiffrebriefe wertlos, bitte Retourmarke.

Blut. Apfelsinen, Citronen 2.80 pr. 5 Kilo-Korb, 2 1/2 Kilo Malaga-Tafel Rosinen 4 Mk., 5 Kilo neue Malta-Kartoffel 2 Mk. 50, Alles portofrei, bei der Administration des **„Exporteur“** in Triest.

Badische Weine. Gebr. Schlager, Jahr i. B. Prämirt auf sämtlichen bes. schickten Anstellungen. Patentkellerei seit 1876.

Bürgerliche Rechtsplege. 1.196.1. Karlsruhe. Peter Weber, Wirt zu Granate hier, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wörter hier, klagt gegen Heinrich Weber, Wirt von hier, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesend, aus Darlehen vom 30. Juli und 19. Oktober 1890 und Bürgschaften vom 3. und 9. Februar 1891, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von:

19. Oktober 1890, 60 R. nebst 5% Zins seit 3. Februar 1891, und von 83 R. 50 Pf. nebst 5% Zins seit 9. Februar 1891.

Die Rückzahlung dieser Obligationen, sowie die Einlösung der auf 1. April und 1. Oktober fälligen Zinscoupons findet statt:

Wir suchen zu sofortigem Eintritt einen tüchtigen **Maschineningenieur** und einen Kaufmann, wenn möglich mit Fachkenntnissen. Hohes Gehalt und dauernde Stellung. Gef. Anerbietungen an **Badische Elektrizitätswerke Offenburg**.

Ein junger **Architekt**, geübter Zeichner, zu sofortigem Eintritt gesucht von **F. Bloch, Architekt, Freiburg i. B.**

Stelle-Gesuch. 1.94. E. Fräul. (Israel), welches ber. als Erziehlerin thätig war, der engl. Spr. mächtig in allen weiblichen Handarb. bewandert, sucht ähnl. Stell. Es w. mehr a. familiäre Beh. als auf h. S. gesehen. Gest. Off. unter L. 1549 an **Rud. Woffe, Pforzheim.**

Caution bedürftige wollen sich wenden an die **Fides** Erste deutsche Caution-Vers.-Anst. in Mannheim.

Heirath. 1.593.5. Vermöge seiner Nützlichkeit und strengen Reclität erweist sich das **Wirt. Versorgungs-Institut** allseitiger Achtung und Beliebtheit. Bitte, adressieren Sie vertraul. Anfragen **Postfach 216 Stuttgart.** Chiffrebriefe wertlos, bitte Retourmarke.

Blut. Apfelsinen, Citronen 2.80 pr. 5 Kilo-Korb, 2 1/2 Kilo Malaga-Tafel Rosinen 4 Mk., 5 Kilo neue Malta-Kartoffel 2 Mk. 50, Alles portofrei, bei der Administration des **„Exporteur“** in Triest.

Badische Weine. Gebr. Schlager, Jahr i. B. Prämirt auf sämtlichen bes. schickten Anstellungen. Patentkellerei seit 1876.

Bürgerliche Rechtsplege. 1.196.1. Karlsruhe. Peter Weber, Wirt zu Granate hier, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wörter hier, klagt gegen Heinrich Weber, Wirt von hier, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesend, aus Darlehen vom 30. Juli und 19. Oktober 1890 und Bürgschaften vom 3. und 9. Februar 1891, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von:

19. Oktober 1890, 60 R. nebst 5% Zins seit 3. Februar 1891, und von 83 R. 50 Pf. nebst 5% Zins seit 9. Februar 1891.

Die Rückzahlung dieser Obligationen, sowie die Einlösung der auf 1. April und 1. Oktober fälligen Zinscoupons findet statt:

Wir suchen zu sofortigem Eintritt einen tüchtigen **Maschineningenieur** und einen Kaufmann, wenn möglich mit Fachkenntnissen. Hohes Gehalt und dauernde Stellung. Gef. Anerbietungen an **Badische Elektrizitätswerke Offenburg**.

Ein junger **Architekt**, geübter Zeichner, zu sofortigem Eintritt gesucht von **F. Bloch, Architekt, Freiburg i. B.**

Stelle-Gesuch. 1.94. E. Fräul. (Israel), welches ber. als Erziehlerin thätig war, der engl. Spr. mächtig in allen weiblichen Handarb. bewandert, sucht ähnl. Stell. Es w. mehr a. familiäre Beh. als auf h. S. gesehen. Gest. Off. unter L. 1549 an **Rud. Woffe, Pforzheim.**

Caution bedürftige wollen sich wenden an die **Fides** Erste deutsche Caution-Vers.-Anst. in Mannheim.

Heirath. 1.593.5. Vermöge seiner Nützlichkeit und strengen Reclität erweist sich das **Wirt. Versorgungs-Institut** allseitiger Achtung und Beliebtheit. Bitte, adressieren Sie vertraul. Anfragen **Postfach 216 Stuttgart.** Chiffrebriefe wertlos, bitte Retourmarke.

Blut. Apfelsinen, Citronen 2.80 pr. 5 Kilo-Korb, 2 1/2 Kilo Malaga-Tafel Rosinen 4 Mk., 5 Kilo neue Malta-Kartoffel 2 Mk. 50, Alles portofrei, bei der Administration des **„Exporteur“** in Triest.

Badische Weine. Gebr. Schlager, Jahr i. B. Prämirt auf sämtlichen bes. schickten Anstellungen. Patentkellerei seit 1876.

Bürgerliche Rechtsplege. 1.196.1. Karlsruhe. Peter Weber, Wirt zu Granate hier, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wörter hier, klagt gegen Heinrich Weber, Wirt von hier, z. Bt. an unbekanntem Orten abwesend, aus Darlehen vom 30. Juli und 19. Oktober 1890 und Bürgschaften vom 3. und 9. Februar 1891, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von: